



## *Die EU im Wettlauf um die Märkte Lateinamerikas*

Johannes Plotzki

*»Die Interessen der EU und ihrer transnationalen Konzerne sind vielfältig: verbesserter Marktzugang, natürliche Ressourcen und die Biodiversität der Länder des MERCOSUR sowie eine Sicherung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses in der Region, der durch die Schaffung einer möglichen panamerikanischen Freihandelszone (FTAA) bedroht ist.«  
Mercosur European Business Forum*

### **1. Freihandelsabkommen: Einflussnahme der EU im Hinterhof der USA**

Im Wettrennen um neue biregionale und multilaterale Freihandelsabkommen, das sich die USA und die Europäische Union weltweit liefern, hat sich die EU vorübergehend selbst ins Abseits gestellt. Ein für die europäisch-lateinamerikanischen Handelsbeziehungen besonders wichtiges Klassenziel wurde trotz anderslautendem Fahrplan vorerst nicht erreicht: der Abschluss des *EU-MERCOSUR-Abkommens*. Der auf dem 3. EU-Lateinamerika-Gipfel Ende Mai 2004 im mexikanischen Guadalajara erstellte Terminplan sah vor, im Oktober 2004 die angestrebte »Strategische Partnerschaft« zwischen Lateinamerika und der EU durch den Abschluss des EU-MERCOSUR-Abkommens besiegelt zu haben. Auf diese Weise erhoffte sich die EU, noch vor der nächsten Verhandlungsrunde des maßgeblich von den USA vorangetriebenen Gesam-

tamerikanischen Freihandelsabkommens *Free Trade Area of the Americas (FTAA)* eigene Fakten geschaffen zu haben. Ziel dabei ist die schrittweise Einführung einer gemeinsamen Freihandelszone zwischen der EU und den MERCOSUR-Ländern.<sup>1</sup> Gewinner wäre in diesem Falle die europäische Exportwirtschaft, allen voran spanische und deutsche Unternehmen. Nach dem Scheitern der geplanten Abschlussrunde im Oktober 2004 in Lissabon wurden die Verhandlungen vorläufig eingestellt, da es nach EU-Angaben seinerzeit keine Möglichkeit gab, sich mit den MERCOSUR-Ländern auf das geplante Freihandelsabkommen zu verständigen. Laut EU-Kommission haben die MERCOSUR-Staaten keine zufriedenstellenden Angebote für die Liberalisierung von Industriegütern, des Telekommunikationssektors und des öffentlichen Auftragswesens gemacht. Nach einjähriger Verhandlungspause gab es erst im September 2005 wieder ein offizielles Treffen.

Während soziale Bewegungen beiderseits des Atlantiks das vorläufige Scheitern der MERCOSUR-Verhandlungen als Atempau-

se begrüßt hatten, forderte das *Mercosur European Business Forum*, die Gespräche unverzüglich wieder aufzunehmen, weil die »Implementierung des Freihandelsabkommens zu den Anstrengungen hinsichtlich der Erfüllung der Lissabon-Strategie beiträgt und beide Regionen innerhalb eines raschen globalen Wettbewerbs stärkt.«<sup>2</sup> Das im 1998 gegründete *Mercosur European Business Forum* ist eine auf Industrieinteressen ausgerichtete Lobbygruppe, in der sich neben deutschen Unternehmen, wie z.B. VW, Siemens, BASF, ebenso Firmen wie Telefónica, Endesa und Respol aus Spanien sowie Danone, Vivendi, Suez Carrefour aus Frankreich zusammengeschlossen haben.<sup>3</sup> An der Spitze der in die MERCOSUR-Region exportierenden Länder Europas steht neben Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien auch Deutschland. Dessen Lobbyisten aus Industrie und Wirtschaft, wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), fungierten als eine der Triebfedern für das geplante Freihandelsabkommen. Ludwig-Georg Braun, Präsident des DIHK und Vorsitzender der Lateinamerika-Initiative der deutschen Wirtschaft, betont zudem die Konkurrenzsituation zu den USA: »Wenn die ›Free Trade Area of the Americas‹ früher zu Stande kommt als unser Freihandelsabkommen mit den Ländern des MERCOSUR, könnten wir empfindliche Einbußen haben.«<sup>4</sup>

Auf der anderen Seite des Atlantiks ist es vor allem die so genannte Agroindustrie, die sich von dem Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen EU und MERCOSUR, als Folge der angestrebten Zollsensenkungen und des gleichzeitigen Abbaus der europäischen Agrarsubventionen, eine Verbesserung ihrer Exportchancen verspricht.<sup>5</sup>

Doch ein solcher Automatismus ist unter den gegebenen internationalen Handelsregimen, wie beispielsweise den WTO-Verhandlungen, nicht zwangsläufig, weil die angestrebten Abkommen zwar die Länder des Südens dazu bringen, ihre Märkte weitgehend für EU-Produkte zu öffnen, aber weiterhin hohe Zollschränken für Einfuhren aus dem Süden bestehen. Ferner behält sich die EU bereits in den Freihandelsabkommen mit Chile und Mexiko vor, ihre Märkte vorübergehend zu schließen, falls es zu einem sprunghaften Ansteigen der Handelsüberschüsse eines Sektors oder zur Bedrohung der gesamtwirtschaftlichen Situation eines Partners kommt.<sup>6</sup>

## 2. »Global denken, heißt alle Weltteile zu beobachten«

Als einer der größten Wirtschaftsräume und Freihandelszonen der Welt gilt der MERCOSUR seit seinen

Anfängen als interessanter Handelspartner der EU. Schon vor der Erweiterung der EU auf 25 Mitglieder war sie – und nicht die USA – der größte Handelspartner des seit 1991 bestehenden MERCOSUR. Rund ein Viertel des Außenhandels der MERCOSUR-Länder entfällt auf die EU.<sup>7</sup> Die ersten Verhandlungen zum EU-MERCOSUR-Abkommen wurden 1999 einberufen. Fraglich ist nun, wann die Verhandlungen zum Abschluss kommen. Dies sorgt allerdings für einige Ungeduld, denn schon im Mai 2001 mahnte Georg Boomgaard, Beauftragter für Lateinamerikapolitik im Auswärtigen Amt: »Die Wirtschaft des MERCOSUR ist heute noch stärker auf Europa ausgerichtet als auf die USA. Wenn die deutsche und europäische Wirtschaft allerdings nicht aufpasst, kann sich das mit Verwirklichung der für 2005 geplanten panamerikanischen Freihandelszone FTAA/ALCA schnell ändern. Ein Markt wie der MERCOSUR mit einem größeren Sozialprodukt als das Chinas, ein Markt, in dem Europa traditionell sehr gut positioniert ist, braucht mehr Aufmerksamkeit. Global denken, heißt auch, alle Weltteile zu beobachten und nicht nur diejenigen, die gerade in Mode sind.«<sup>8</sup>

Am 26. Mai 2005 drückten auf dem Ministertreffen von MERCOSUR und EU in Luxemburg beide Seiten ihre »starke Überzeugung« aus, dass die regionale Integration eine »wichtige Rolle für Wachstum, Handelsliberalisierung, ökonomische und soziale Entwicklung«<sup>9</sup> spiele. Benita Ferrero-Waldner, Vertreterin der EU-Kommission auf diesem Treffen, hofft, dass schon unter österreichischer EU-Präsidentschaft beim Wiener EU-Lateinamerika-Gipfel im Mai 2006 eine Einigung in Sachen Freihandel zwischen EU und MERCOSUR erzielt werden kann.<sup>10</sup> Die Zeit drängt, denn die Konkurrenz schläft nicht. Perspektivisch stellt China den größten Konkurrenten für europäische Investoren in Lateinamerika und der Karibik dar: Denn während sich die Investitionen Chinas in Lateinamerika in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöhten, ist die Tendenz der Direktinvestitionszuflüsse der westlichen Industrienationen in Lateinamerika fallend.<sup>11</sup>

Neben den Bestrebungen für ein EU-MERCOSUR-Abkommen hat die EU durch andere Kooperationsverträge den Handel mit weiteren lateinamerikanischen Märkten liberalisiert. Besonderes Kennzeichen dieser so genannten Abkommen der zweiten Generation ist eine Verbindung der bisherigen Programme der Wirtschaftsförderung mit politischen Inhalten, wie »Menschenrechte«, »Demokratisierung« und »Good Governance«, sowie entwicklungspolitischen Zielsetzungen, wie beispielsweise »Armutsbekämpfung« und »nachhaltiger Entwicklung«. Der »Ideal-

typus« dieser neuen Generation von Handelsabkommen beinhaltet neben einer »*Institutionalisierung des politischen Dialogs über die Wahrung der Menschenrechte und demokratischer Prinzipien*« auch die Schaffung »*einer WTO-kompatiblen Freihandelszone (...) einschließlich einer graduellen Liberalisierung im Agrar- und Dienstleistungssektor, die Liberalisierung der geistigen Eigentumsrechte, der Finanzkapitalbewegungen und des öffentlichen Beschaffungswesens.*«<sup>12</sup>

Mit folgenden Wirtschaftsräumen bzw. Staaten regeln bereits heute Abkommen die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Lateinamerika: *Andengemeinschaft, Zentralamerika, Chile und Mexiko*. Außerdem ist die EU mit den *karibischen Staaten* vor allem durch das so genannte AKP-Vertragswerk (mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik), Lomé IV und sein Nachfolgeabkommen Cotonou, verbunden.

Das 1993 abgeschlossene Kooperationsabkommen zwischen der EU und der Andengemeinschaft bildete die Grundlage für ein am 15. Dezember 2003 in Rom unterzeichnetes Abkommen, welches als mittelfristige Perspektive die Errichtung einer bi-regionalen Freihandelszone vorsieht.

Ebenfalls am 15. Dezember 2003 in Rom unterzeichnet wurde das Abkommen zwischen der EU und dem Wirtschaftsblock Zentralamerikas, zu dem Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama zählen. Es war 2002 anlässlich des zweiten Gipfeltreffens der EU mit den Staaten Lateinamerikas in Madrid vereinbart worden und hat als Grundlage das 1999 in Kraft getretene Rahmenabkommen.

Die EU-Mitgliedstaaten, die EU-Kommission und Chile haben im Vorfeld des zweiten EU-Lateinamerika-Gipfels ein Assoziationsabkommen ausgearbeitet, das im November 2002 unterzeichnet wurde. Es ist nach Angaben der EU-Kommission derzeit das umfassendste Abkommen mit einem Drittstaat. Kernbestandteil ist die Errichtung einer Freihandelszone EU-Chile innerhalb von zehn Jahren nach dem Inkrafttreten des Abkommens. Dabei schließt es »*die progressive Liberalisierung von Handel und Dienstleistungen, den politischen und kulturellen Dialog sowie praktisch alle Bereiche der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit*«<sup>13</sup> mit ein.

Zwischen der EU und Mexiko ist am 1. Juli 2000 ein Freihandelsabkommen in Kraft getreten. Dieses erfasst 95% des derzeitigen Warenhandels und sieht die weitgehende Beseitigung aller Diskriminierungen im Dienstleistungsverkehr vor. Die schrittweise Umsetzung der Zollfreiheit für alle gewerblichen Waren soll bis 2007 erfolgen. Das so genannte Globalabkom-

men, beschlossen 1997, in Kraft getreten im Oktober 2000, bildet die Grundlage der Beziehungen zwischen der EU und Mexiko. Entsprechend dem »*Idealtypus*« der Abkommen der zweiten Generation wird auch in diesem in Artikel 1 feierlich die so genannte Menschenrechts- und Demokratieklausele erklärt:

»*Durch den Respekt der demokratischen Prinzipien und der in der Universellen Menschenrechtserklärung festgeschriebenen Menschenrechte, unterstreichen beide Vertragspartner ihre politischen Bestrebungen und die wesentlichen Elemente dieses Abkommens.*«<sup>14</sup>

Dass im Paragraphen 1 des Vertrages mit der EU die Achtung von Demokratie und Menschenrechten festgeschrieben ist, kommentiert Alberto Arroyo, Vertreter des freihandelskritischen Netzwerks RMALC aus Mexiko-Stadt so: »*Der einzige ausgearbeitete Teil widmet sich dem Freihandel. Was den politischen Dialog und die Menschenrechte betrifft, sind nicht einmal Kontrollmechanismen festgelegt worden.*«<sup>15</sup>

Und auf dem »2. Forum zum Dialog zwischen den Zivilgesellschaften und den Regierungsinstitutionen Mexikos und der Europäischen Union« Anfang März 2005 in Mexiko-Stadt richtete sich die durchgängige Kritik seitens der Zivilgesellschaft gegen fehlende Partizipationsmöglichkeiten in den europäisch-mexikanischen Beziehungen sowie gegen die mangelnde Transparenz der Verhandlungen.<sup>16</sup>

### 3. Freihandel? Ausbeutung!

Noch vor Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen Mexiko und der EU äußerte Alfonso Moro von RMALC seine Befürchtungen darüber, wer die eigentlichen Profiteure des Abkommens sein werden: »*Der Anteil mexikanischer Produkte, welche auf dem europäischen Markt konkurrieren können, ist sehr klein. Dazu kommt, dass von den zehn wichtigsten Exportprodukten Mexikos in die EU sieben von europäischen Unternehmen in Mexiko hergestellt werden.*«<sup>17</sup> Letztlich profitieren daher hauptsächlich europäische Unternehmen von der Handelsöffnung, ähnlich wie US-Konzerne vom Nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA begünstigt wurden. Dieses seit zwölf Jahren bestehende Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko hat gerade in Mexiko zu verschärften sozialen Spannungen und wachsender Armut geführt.

Auch im restlichen Lateinamerika haben 20 Jahre neoliberaler Umbau durch Privatisierung von Dienstleistungsunternehmen, Deregulierung der Handelsbeziehungen und Liberalisierung der Märkte die Verarmung weiter Bevölkerungsteile vorangetrieben. Die Ergebnisse sind verheerend: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Lateinamerika und der Karibik kön-

nen ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen. Fast 91 Millionen Menschen in Lateinamerika fielen in den letzten 20 Jahren unter die Armutsgrenze. Allein in den vergangenen sechs Jahren waren es 23 Millionen LateinamerikanerInnen, die aus der sozialen Schicht der Mittelklasse in die der Armut gerieten.<sup>18</sup>

»Lateinamerika und die Karibik ist eine der Regionen mit der größten sozialen Ungleichheit weltweit«, fasst David de Ferranti, Vizepräsident der Weltbank für Lateinamerika und die Karibik den hauseigenen Report, *Inequality in Latin America & the Caribbean: Breaking with History?*, zusammen. Weiter führt er aus, »dass Lateinamerika eine hochgradige Ungerechtigkeit in Bezug auf Einkommen, dem Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Trinkwasser und Elektrizität aufweist«.<sup>19</sup> Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass knapp die Hälfte (48%) des in Lateinamerika erzielten Einkommens dem reichsten Zehntel der Bevölkerung zur Verfügung standen, während das ärmste Zehntel der Bevölkerung von 1,6% leben musste. Darüber hinaus belegt der Report eine weiter anhaltende soziale Ungleichheit zwischen der »weißen« und indigenen Bevölkerung Lateinamerikas in Bezug auf Einkommenshöhe, Bildungschancen und den Zugang zu Infrastruktureinrichtungen.

Der Co-Autor der Weltbank-Studie und Chef-Ökonom der Weltbank für Lateinamerika und die Karibik, Guillermo Perry, benennt eine grundlegende »institutionelle Reform« als den Schlüsselfaktor für eine Veränderung der Ungerechtigkeit in Lateinamerika. Dafür sei es notwendig, dass zivilgesellschaftliche Kräfte mehr Einfluss in den politischen und sozialen Institutionen bekommen. Um solche Einflussnahme zu erreichen, »müssen diese Institutionen völlig offen, transparent, demokratisch und partizipativ«<sup>20</sup> gestaltet werden.

Diesen Erfordernissen kommen die bisherigen bi-regionalen Verträge und Handelsabkommen zwischen der EU und den lateinamerikanischen Ländern jedoch nicht nach. Klaus Schilder (WEED) befürchtet, »dass die EU Menschenrechts- und Demokratiefragen nicht zum zentralen Anliegen der Abkommen macht, sondern vielmehr ihren wirtschaftlichen Freihandelsinteressen unterordnet. Praktisch nicht vorhanden sind in fast allen EU-Abkommen Hinweise auf die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Gruppen in einen strukturierten und umfassenden Dialogprozess.«<sup>21</sup>

Auch wenn sich das General-Direktorat für Außenhandel der EU-Kommission im weltweiten Poker um Märkte von den US-amerikanischen Verhandlungspartnern dadurch unterscheidet, dass es kompensatorische Maßnahmen in Form von Entwicklungs- und Hilfsprogrammen zum Aufbau gesunder Sozialstruk-

turen für unerlässlich hält und bemerkt, dass wirtschaftliche Öffnung nicht automatisch zu Entwicklung führt, ist das wirtschaftspolitische Paradigma das gleiche. Denn »in der handelspolitischen Praxis vertraut die EU unverändert auf die Wirksamkeit ihrer neoliberalen Freihandelsdoktrin ›Handelsliberalisierung = Wirtschaftswachstum = Verringerung der Armut«.<sup>22</sup> Es ist jenes Paradigma, welches Entwicklung in einen engen Zusammenhang mit dem Freihandel stellt. Völlig ignoriert wird dabei die Bedeutung der strukturellen Asymmetrie der an den Abkommen beteiligten Volkswirtschaften. Ziehen wir zur Verdeutlichung die strukturelle Aufteilung des Güterhandels zwischen der EU und dem MERCOSUR hinzu, so wird erkennbar, dass fast 60% der Mercosur-Exporte in die EU aus Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen bestehen, während die Ausfuhr von Industriewaren, also verarbeiteten Gütern, kaum 30% ausmacht. Im Gegensatz dazu sind von den Exporten aus der EU in den MERCOSUR über 90% Industriegüter mit bis zu 90% hohem Kapital- und Technologieanteil. Und rund 15% aller landwirtschaftlichen Importe der EU kommen aus dem MERCOSUR.<sup>23</sup>

Sollte sich also die neue »Strategische Partnerschaft« zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika nach dem altbekannten Muster »Zentrum braucht Peripherie« fortsetzen? Klar ist jedenfalls, dass das EU-MERCOSUR-Abkommen die seit den 1980er und 90er Jahren laufenden Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen sowohl in Lateinamerika als auch in der EU in einem Vertrag festschreiben soll, dessen Ergebnis ein »eurokapitalistisches-neoliberales Integrationsprojekt«<sup>24</sup> wäre.

Dass nun der Wind aus Richtung Südamerika etwas schärfer wehen könnte, als von der EU-Kommission erwünscht, liegt auch an dem vom venezolanischen Präsident Hugo Chávez gemeinsam mit Kubas Staatschef Fidel Castro vorangetriebenen Projekt einer gemeinsamen gesamt-südamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, dem so genannten ALBA (Alternativa Bolivariana para las América). ALBA heißt übersetzt auch »Morgenröte« und soll eine Alternative zur von den USA dominierten geplanten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA darstellen. Augenfällig ist auch bei diesem Alternativprojekt Lateinamerikas die Fixierung auf die US-Außenpolitik. Vielleicht kann ja die zumindest im Namen des geplanten Süd-Süd-Integrationsprojekts verankerte Erinnerung an Simón Bolívar dazu beitragen, auch die handfeste Interessenspolitik der EU im Blickfeld zu behalten. Der lateinamerikanische Unabhängigkeitskämpfer gegen die spanische Kolonialherrschaft verfolgte Pläne, ein gemeinsames Lateinamerika aufzubauen, das

sowohl von den USA, als auch von Europa unabhängig ist. Das Urteil des Netzwerks gegen Freihandel Red Mexicana de Acción frente al Libre Comercio (RMALC) bezüglich der europäischen Außenhandelspolitik fällt entsprechend hart aus: »Europa ist ein Imperium und führt sich hier genauso auf wie die USA.«<sup>25</sup>

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Länder des am 26.3.1991 beschlossenen Gemeinsamen Marktes des Südens (Mercado Comun del Cono Sur, »MERCOSUR«) sind: Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay. Im Dezember 2005 wurde die Aufnahme Venezuelas beschlossen. Chile und Bolivien sind assoziierte Mitglieder.

<sup>2</sup> EU-Kommission: Mercosur-EU Business Forum calls for the re-launch of the EU-Mercosur negotiations. IP/05/111, Brüssel, 31.1.2005

<sup>3</sup> Vgl. Behn, Andreas: Differenzierte Kritik – Auf Gegenveranstaltungen zu WTO-Treffen wird auch über die Freihandelszonen diskutiert, in: Poonal Nr. 589 v. 9.9.2003; Denise Mendez, Das Großmanöver des Neoliberalismus in Lateinamerika, in: Grain de Sable, Nr. 464, 14.4.2004, übersetzt und veröffentlicht von Attac-Österreich: [http://www.attac-austria.org/sandimgetriebe/spip151/article.php3?id\\_article=152](http://www.attac-austria.org/sandimgetriebe/spip151/article.php3?id_article=152)

<sup>4</sup> Zit. nach: Informationen zur Deutschen Außenpolitik: Wettlauf EU – USA in Südamerika, 14.2.2002: <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1013641200.php>.

<sup>5</sup> Russau, Christian (FDCL – Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.): Durchsetzung internationaler Handelsregime zwischen Europäischer Union (EU) und dem Gemeinsamen Markt des Südens (MERCOSUR)? – Ausländische Direktinvestitionen als Gegenstand der Freihandelsverhandlungen im Spannungsfeld von Investorenrechten, Entwicklung und Menschenrechten, EU-MERCOSUR Bulletin N°1, Januar 2004: <http://www.handel-entwicklung-menschenrechte.org/fileadmin/christian/FDCL-EU-MERCOSUR-BulletinNr1-Jan2004.pdf>.

<sup>6</sup> Vgl. Schilder, Klaus (WEED): Regionalisierung unter neoliberalen Vorzeichen? Die polit-ökonomische Geographie der EU-Handelspolitik, 10.6.2003: <http://www.weed-online.org/artikel/18513.html>

<sup>7</sup> Vgl. EU-MERCOSUR: Ministertagung legt Fahrplan für Freihandelsverhandlungen fest, Trade Issues, Brüssel, 12.11.2003: [http://europa.eu.int/comm/trade/issues/bilateral/regions/MERCOSUR/pr121103\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/trade/issues/bilateral/regions/MERCOSUR/pr121103_de.htm).

<sup>8</sup> Georg Boomgaarden, Beauftragter für Lateinamerikapolitik im Auswärtigen Amt: Deutsche Lateinamerikapolitik unter Bedingungen der Globalisierung, Frankfurt a.M., 8.5.2001: [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe\\_archiv?archiv\\_id=1521](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=1521)

<sup>9</sup> Rat der Europäischen Union – Presseerklärung (9426/05 Presse 127), 26.5.2005, Quelle: [http://ue.eu.int/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/er/84976.pdf](http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/er/84976.pdf)

<sup>10</sup> Vgl. Die Presse.com, 9.7.2005: <http://www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=p&ressort=eu&id=493652>

<sup>11</sup> Vgl. Ibero-Amerika-Verein (IAV) e.V.: Ausländische Direktinvestitionen in Lateinamerika, Umfrage des IAV unter den Auslandshandelskammern der Region, 13.12.2004: <http://www.ibero-amerikaverrein.de/awz/aktuelles.php?module=show&id=17880>.

<sup>12</sup> Schilder, Klaus (WEED), a.a.O.

<sup>13</sup> Auswärtiges Amt: Beziehungen EU-Lateinamerika, Stand Mai 2004: [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu\\_politik/gasp/eu\\_aussenbez/lateinamerika\\_html#1](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/gasp/eu_aussenbez/lateinamerika_html#1)

<sup>14</sup> Official Journal of the European Communities L 276/45: »Economic Partnership, Political Coordination and Cooperation Agreement between the European Community and its Member States, of the one part, and the United Mexican States, of the other part«. 28.10.2000: [http://europa.eu.int/eur-lex/pri/en/oj/dat/2000/l\\_276/l\\_27620001028en00450061.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/pri/en/oj/dat/2000/l_276/l_27620001028en00450061.pdf)

<sup>15</sup> Zit. n. Kanzleiter, Boris: Transatlantischer Freihandel frustriert Gewerkschafter. In: Poonal Nr. 426 v. 27.3.2000: <http://www.npla.de/poonal/p426.htm>

<sup>16</sup> Vgl. Plotzki, Johannes: Forum zum Dialog zwischen den Zivilgesellschaften und den Regierungsinstitutionen Mexikos und der Europäischen Union, IMI-Standpunkt 2005/19, 3.3.2005.

<sup>17</sup> Alfonso Moro zit. nach: Schmidt, Gerold: Freihandelsvertrag mit Europa tritt in Kraft, in: Poonal, Nr. 437 vom 30. Juni 2000: <http://www.npla.de/poonal/p437.htm>

<sup>18</sup> Vgl. AFP-Meldung, in: La Jornada, 1.6.2004: <http://www.jornada.unam.mx/2004/jun04/040601/022n1eco.php?origen=index.html&fly=1>

<sup>19</sup> Vgl. Weltbank-Bericht: »Inequality in Latin America & the Caribbean: Breaking with History?« Mexiko-City, 7.10.2003: <http://inweb18.worldbank.org/LAC/LAC.nsf/ECADocByUnid/4112F1114F594B4B85256DB3005DB262?Opendocument>.

<sup>20</sup> Vgl. Weltbank-Bericht, ebd.

<sup>21</sup> Schilder, Klaus (WEED), a.a.O.

<sup>22</sup> Vgl. ebd.

<sup>23</sup> Vgl. Fritz, Thomas: Feindliche Übernahme – Die geplante Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur, BLUE 21, Arbeitspapier, Schwerpunkt: Handel, Umwelt und Entwicklung, Oktober 2004; Maihold, Günther: Die südamerikanische Staatengemeinschaft – Ein neuer Partner für die EU? Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 60, Dezember 2004.

<sup>24</sup> Boris, Dieter/Malcher, Ingo: Die Konkurrenz zwischen den USA und der EU in Lateinamerika, in: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hrsg.): Euroimperialismus? (Studie Nr. 20, Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität Marburg, 2005.

<sup>25</sup> Alberto Arroyo zitiert nach: Vogel, Wolf Dieter: Kampf um Mercados, in: Jungle World, Nummer 23 vom 26.5.2004.

Der Beitrag erschien in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), Welt-Macht EUropa, Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 205-213).

Johannes Plotzki ist Mitglied im Beirat der Informationsstelle Militarisierung und Mitarbeiter von Tobias Pflüger (MdB). Er lebte längere Zeit in Mexiko, u.a. als Menschenrechtsbeobachter.

**Wir fordern:**  
**Soziale Sicherheit statt**  
**militärische Großmachtspolitik!**



**Informationsstelle  
Militarisierung e.V.**

Diese Studie entstand im Rahmen des Projektes „Nein zu dieser EU-Verfassung! Ja zu fairer Entwicklungskooperation!“, das vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) großzügig unterstützt wird. Weitere Texte des Projektes finden sich unter [www.imi-online.de/EU-Projekt/](http://www.imi-online.de/EU-Projekt/)